

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Präsident André Kuper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen, 9. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung hat sich **eine Abgeordnete entschuldigt**; ihr Name wird in das Protokoll aufgenommen.

**Geburtstag** feiern heute Herr **Professor Dr. Rainer Bovermann** von der Fraktion der SPD – ein rundes Jubiläum, herzlichen Glückwunsch! –

(Allgemeiner Beifall)

sowie Herr **Christian Loose** von der Fraktion der AfD. Auch Ihnen: Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung gilt es, die Verpflichtung eines Abgeordneten gemäß § 2 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung vorzunehmen. Der Landeswahlleiter hat mir mit Schreiben vom 10. Oktober 2017 mitgeteilt, dass mit Wirkung vom 11. Oktober 2017 Herr Lorenz Deutsch für den ausgeschiedenen Abgeordneten Christian Lindner, FDP, Mitglied des Landtags geworden ist.

Ich darf Herrn Deutsch zu mir bitten, damit ich die nach § 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehene Verpflichtung vornehmen kann. – Ich darf Sie alle bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Herr Kollege Deutsch, ich bitte Sie, die folgenden Worte der Verpflichtungserklärung anzuhören und anschließend durch Handschlag zu bekräftigen:

„Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des Landes Nordrhein-Westfalen widmen, seinen Nutzen mehrten, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.“

Sehr geehrter Herr Kollege, ich heiÙe Sie als neuen Abgeordneten in der 17. Wahlperiode herzlich willkommen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer täglichen Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Ebenfalls vor Eintritt in die Tagesordnung: Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, heute Tagesordnungspunkt 11. „Gesetz zur Sicherung der Akkreditierung von Studiengängen in Nordrhein-Westfalen“ Drucksache 17/494 in zweiter Lesung neu aufzunehmen. Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich dementsprechend. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Wir treten nunmehr in die heutige Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

**1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/538

Änderungsanträge  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/871

Änderungsanträge  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/872

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/873

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 17/821

zweite Lesung

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2017)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/539

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/874

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 17/822

zweite Lesung

In Verbindung mit:

**Das derzeitige System der Finanzierung von Krankenhausinvestitionen muss grundlegend überarbeitet werden! Investitionsstau bei Krankenhäusern abbauen ohne Kommunen mehr zu belasten!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/811

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache und darf für die CDU dem Kollegen Arne Moritz das Wort erteilen.

**Arne Moritz** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist der zweite Schritt von drei notwendigen Schritten zur Verabschiedung unseres Nachtragshaushalts. Mit dem Nachtragshaushalt legen wir den Grundstein dafür, unserem Bundesland endlich wieder sichere und zukunftsfähige Perspektiven zu geben, die den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Form unter der rot-grünen Vorgängerregierung nicht gegeben waren.

(Zuruf von der SPD: Hui!)

Meine Damen und Herren, bei den zahllosen Gesprächen, die die CDU im Wahlkampf geführt hat, wurde eines immer deutlich: Die Bürgerinnen und Bürger haben sich in NRW nicht mehr sicher gefühlt. Das Grundrecht auf Sicherheit und Schutz, welches zu gewährleisten doch die wichtigste Aufgabe des Landes sein muss, konnte die rot-grüne Landesregierung nicht erfüllen.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Mit dem Nachtragshaushalt richten wir jetzt den Blick nach vorne. Wir erhöhen die Einstellungszahlen für Kommissaranwärter. Wir statten die Polizei entsprechend den gestiegenen Anforderungen aus. Und wir bekämpfen den Terror mit einem stärkeren Verfassungsschutz.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Sorgen, die Rot-Grün erst verursacht und dann ignoriert hat, nehmen wir ernst und setzen ihnen endlich ein Ende.

(Beifall von der CDU)

Angst vor Überfällen, Einbrüchen, Gewalt und Terror wird bei der nächsten Landtagswahl kein Faktor für eine Wahlentscheidung mehr sein. Dafür wird die Landesregierung nicht nur die beschriebenen Maßnahmen ergreifen, sondern zudem mit dem Nachtragshaushalt die Möglichkeit schaffen, die Überstunden, die die Polizisten durch personelle Engpässe angesammelt haben, auch vergüten zu können.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ei, ei, ei!  
Das steht im Nachtragshaushalt?)

Unsere Polizisten haben diese Arbeit ohne zu murren geleistet. Das ist das Mindeste, was wir tun können, um der Polizei für diese Arbeit zu danken.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Jeder, der Einspruch dagegen erhebt, sollte die Polizisten einen Tag lang begleiten, um nachempfinden zu können, welchen Gefahren sich die Polizisten aussetzen, und anschließend seine Meinung überdenken.

Der zweite Kernaspekt des Nachtragshaushalts konzentriert sich auf die Kinderbetreuung in unserem Land. Neben den Klagen über die Bedenken zur inneren Sicherheit liegen mir die Klagen der Kitaträger und der Eltern noch mit Nachdruck in den Ohren. Schon 2015 erklärte etwa der Paritätische Wohlfahrtsverband, dass den Kitas in NRW über eine halbe Milliarde Euro pro Jahr fehle. Kirchen, freie Träger und Elterninitiativen mussten sich ernsthaft mit drohenden Schließungen auseinandersetzen.

Statt für direkte Abhilfe zu sorgen und die Kindpaulschalen angemessen zu erhöhen, kamen von Rot-Grün nur Ankündigungen und Verschiebungen. Dass wir jetzt vor einem Scherbenhaufen stehen, wird Ihnen jeder Träger ohne Nachdenken bestätigen können. Den drohenden Kollaps hat die rot-grüne Landesregierung dabei billigend in Kauf genommen.

Die im Nachtragshaushalt vorgesehenen 500 Millionen € sind der Neustart eines Kitafinanzierungssystems, das der strukturellen Unterfinanzierung ein Ende setzen wird und den Trägern endlich wieder Luft zum Atmen gibt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Woraus im Nachtragshaushalt ergibt sich das?)

Bis 2019 ist die Betreuung von Kindern gesichert. Wir haben Zeit geschaffen, einen Neustart der frühkindlichen Bildung mit einer nachhaltigen und soliden finanziellen Ausstattung auf den Weg zu bringen, statt Kinder, Kitaträger und Eltern mit hohlen Phrasen zu vertrösten.

Eng verbunden mit der Frage nach der Finanzierung der Kitas ist die finanzielle Ausstattung der Kommunen in NRW. 2016 machten die Kommunen in NRW rund 1,5 Milliarden € neue Schulden. Der Schuldenberg stieg auf 63,4 Milliarden €.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Nur elf von 396 Kommunen in NRW sind schuldenfrei.

Das eigentlich Traurige ist nicht deren Summe, sondern der Umstand, dass die Regierung Kraft die Schulden jahrelang vor sich hergeschoben hat. CDU

und FDP ebenso wie der Deutsche Städtetag haben immer wieder daran appelliert, die Verantwortung ernst zu nehmen und die Schulden nicht den nachfolgenden Generationen aufzubürden. Doch auch hierbei ließ die ehemalige Landesregierung Konzept und Engagement vermissen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Den Kommunen wurde so jegliche Investitionsfähigkeit und Handlungsfähigkeit während der Hochphase der Flüchtlingskrise genommen. So wurde die Notsituation noch verschärft.

Die neue Landesregierung hat sich zum Anspruch gemacht, die Gemeindefinanzierung wieder gerecht, transparent und verlässlich zu gestalten.

(Beifall von der CDU – Michael Hübner [SPD]: Da muss er selbst lachen! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie von Schwarz-Gelb machen das Gegenteil von dem!)

Um den ersten Schritt dorthin zu machen, werden wir mit dem Nachtragshaushalt den Unterhaltungsvorschuss gerecht zwischen Land und Kommunen aufteilen sowie die Kommunen von den durch Rot-Grün beschlossenen Mehrkosten entlasten.

Auch den von Rot-Grün kreierten Kommunalsoli werden wir abschaffen. Gerne dürfen sich die Mitglieder des Kabinetts von Hannelore Kraft nun ganz allein damit schmücken, über den Kommunalsoli vermeintlich reichen Städten kommunale Haushaltsmittel entzogen zu haben, um den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zu finanzieren.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo steht der Vorgang im Haushalt?)

Mit diesem Nachtragshaushalt können wir nicht alle Fehler, die die alte Landesregierung begangen hat, von jetzt auf gleich lösen.

(Marc Herter [SPD]: Jedenfalls keine der von Ihnen attestierten!)

Aber wir können mit dem Nachtragshaushalt anfangen, die Scherben zusammenzukehren. So verschaffen wir uns den Raum, den wir dringend benötigen, um in den Bereichen innere Sicherheit, Kinderbetreuung und Kommunalfinanzen nachhaltige Finanzierungskonzepte umzusetzen.

NRW braucht wieder eine Perspektive. Der Nachtragshaushalt 2017 ist der erste Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Moritz. – Für die SPD darf ich der Kollegin Gebhard das Wort erteilen.

**Heike Gebhard (SPD):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Moritz, ich hatte bei Ihrem Vortrag gerade zeitweilig den Eindruck, als ob Sie ganz frisch im Parlament seien. Zu sagen, die rot-grüne Landesregierung habe die Kommunen nicht im Blick gehabt, ist schon starker Tobak.

(Beifall von der SPD)

Wir waren es doch, die dafür gesorgt haben, dass von den 139 Kommunen mit Nothaushalten am Ende nur noch neun – manche sagen zehn – Kommunen mit Nothaushalt übrig geblieben sind.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist eine sehr starke Leistung. Die Situation, dass es den Kommunen so schlecht geht, hatten Sie zuvor herbeigeführt.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir schon bei dem Stichwort Kommunen sind, dann muss man auch einmal sagen, welches Verhältnis Sie eigentlich zu den Kommunen haben.

Der Ministerpräsident sagte in seiner Regierungserklärung am 13. September: Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen für Finanzen und für die Gestaltungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden. Wir sind Partner der Kommunen. – Was ist eine Woche vorher passiert? Die Kommunen haben aus der Presse erfahren, dass sie im Zuge des Nachtragshaushalts am Ende des Haushaltsjahres mit 100 Millionen € belastet werden sollen.

(Beifall von der SPD)

Aus der Presse haben sie das erfahren! Das haben die kommunalen Spitzenverbände in der Anhörung zum Nachtragshaushalt noch einmal zu Protokoll gegeben. Das will ich hier ausdrücklich festhalten.

Sie haben dann die Förderhinweise der Kommunen nicht etwa dazu genutzt, um Gespräche mit den Kommunen zu führen, nein, Sie als regierungstragende Fraktionen haben zwar die Pressemeldung abgesetzt: „2017 müsst ihr noch nicht zahlen“, aber Ihr CDU-Bundestagsabgeordneter Sven Volmering hat Ihre Pressemeldung zum Anlass genommen, um im Land zu beruhigen. Er sagte: Kommunen, ihr braucht keine Angst zu haben. Ihr müsst in 2017 nicht zahlen. Es gibt genügend Minderausgaben. Damit kann das Land diese Kosten abdecken.

Sehr schön, aber zu früh gefreut! In der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses hat die Regierungskoalition klargestellt: Nein, es geht nicht darum, dass die Kommunen das nicht zahlen müssen. Sie sollen es nicht in 2017 zahlen, aber in 2018.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU] – Gegenruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch lächerlich, Herr Kollege!)

– Warten Sie einmal ab. Sie waren nicht im Haushalts- und Finanzausschuss.

(Unruhe von der CDU)

Sie können im Protokoll der Anhörung auch nachlesen, dass die kommunalen Spitzenverbände darauf hingewiesen haben, dass es buchungstechnische ...

(Unruhe von der CDU)

– Ich glaube wirklich, es wäre notwendig, dass Sie zuhören. Sie müssen an der Stelle nämlich noch etwas lernen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Diese Nachhilfestunde haben Ihnen die kommunalen Spitzenverbände in der Anhörung gegeben. Sie haben darauf aufmerksam gemacht, dass sie buchungstechnisch natürlich Regeln zu beachten haben. Sie wollen die Kommunen in 2018 nachträglich für 2017 belasten. Das ist haushaltstechnisch nicht möglich. Wie gehen Sie mit dem Förderhinweis um? – Sie ignorieren ihn einfach! Ihr vorliegender Änderungsantrag berücksichtigt das in keiner Weise.

Allein das ist ein Grund, um zu sagen, wir brauchen dringend eine Rücküberweisung des Nachtragshaushalts zur dritten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuss, denn das muss geklärt werden.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, andererseits muss man hier auch Folgendes festhalten: Ich kann mich nicht entsinnen, dass eine neue Landesregierung in den letzten zwei Jahrzehnten eine so tolle Ausgangslage in Bezug auf die wirtschaftliche Situation hatte.

(Heiterkeit von der CDU – Zurufe von der SPD)

– Ja, es ist manchmal ein bisschen schwierig, das wahrzunehmen, wenn man Scheuklappen hat.

(Unruhe von der CDU)

Wir haben eine gute wirtschaftliche Situation.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Deswegen sind Sie abgewählt worden!)

Wir haben ein entsprechendes Wirtschaftswachstum,

(Zuruf: Jawohl!)

das dazu führt, dass wir in diesem Jahr mehr als 1,3 Milliarden € Steuer Mehreinnahmen haben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie haben zusätzliche Minderausgaben, sodass wir zu diesem Zeitpunkt ein Volumen von insgesamt 1,6 Milliarden € mehr zur Verfügung haben. Und was machen Sie daraus? – Sie verraten Ihr Credo, das

Sie die ganzen Jahre gepredigt haben: Mehreinnahmen müssten zum Schuldenabbau genutzt werden. Was machen Sie? – Nichts davon machen Sie!

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Genau!)

Sie haben immer gesagt, zusätzliche Mehrausgaben müssen durch Kürzungen in anderen Bereichen finanziert werden. Was haben Sie gemacht? – Nichts davon haben Sie gemacht. Stattdessen wollen Sie die Neuverschuldung um 1,5 Milliarden € erhöhen.

Ihre eigenen Ziele in wenigen Wochen so zu verraten und den Leuten deutlich zu machen, dass Sie sie belogen haben, sucht seinesgleichen.

(Beifall von der SPD)

Kommen wir zum nächsten Punkt: Sie gehen in dieser Situation sogar her und betrachten den Landeshaushalt offenbar als Selbstbedienungsladen. Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen. Stellen Sie sich vor, jeder Regierungswechsel würde dazu führen, dass 139 hochdotierte Regierungsstellen auf Dauer geschaffen werden. Wo würde das enden?

(Beifall von der SPD)

Das ist doch ein Skandal.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU] – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Ich habe Verständnis dafür, dass eine Regierung neue Stellen schafft. Aber dass man den Hinweis des Landesrechnungshofs nicht berücksichtigt und sie zumindest als „kw“ – künftig wegfallend – kennzeichnet, ist starker Tobak. Vergleichen Sie die Größenordnung mit dem, was wir 2010 gemacht haben. Wir haben damals nur einen Bruchteil davon in Anspruch genommen, nämlich etwa ein Drittel. Hätten Sie so gehandelt, hätte ich zu diesem Punkt überhaupt kein Wort verloren.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das glaube ich nicht!)

Lassen Sie mich noch einen Punkt nennen. Der Landesrechnungshof hat Ihnen auch darauf aufmerksam gemacht, ...

(Zuruf von der CDU: Ihnen?)

– Ja, darauf komme ich. – Er hat Sie darauf aufmerksam gemacht, welche Trickereien Sie bei der Kreditermächtigung für das Sondervermögen der WestLB machen.

Das ist nicht nur völlig unnötig, sondern gestern hat er in einer zusätzlichen Stellungnahme – angeregt durch die Anfrage des Kollegen Mostofizadeh – noch einmal ausdrücklich seine Position von Ende September bekräftigt und gesagt, dass es so nicht zulässig sei, dass die Erteilung der Kreditermächtigung also offenbar nur dem Zweck diene, die Finanzierung

von Garantiezahlungen außerhalb des Landeshaushalts sicherzustellen. Früher hatten Sie immer etwas dagegen.

Er hat darüber hinaus darauf hingewiesen, dass der Verfassungsgeber nach Auffassung des Landesrechnungshofs durch Art. 143d Abs. 1 Satz 2, zweiter Halbsatz, des Grundgesetzes zu erkennen gegeben hat, dass für Sondervermögen ab dem Haushaltsjahr 2011 grundsätzlich keine neuen Kreditermächtigungen mehr erteilt werden sollen. Genau diesen Punkt haben Sie früher vertreten; hier geben Sie ihn einfach auf.

Ich könnte noch viele Punkte – Stichwort: BLB etc. – ansprechen; aufgrund der Redezeit will ich davon Abstand nehmen. Jedenfalls ist deutlich geworden: Wir brauchen eine erneute ordentliche Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss. Darum beantrage ich die Rücküberweisung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Danke, Frau Gebhard. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Witzel das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Nachtragshaushalt in Nordrhein-Westfalen ist definitionsgemäß eine Reparatur des zugrunde liegenden Stammbaushalts. Die eigenen Haushaltsschwerpunkte schwarz-gelber Regierungspolitik sind daher ganz normal erst dem kommenden regulären Haushalt für das Jahr 2018 zu entnehmen, der in Kürze vorgestellt wird.

Es ist für sich genommen normal, dass nach einem Politikwechsel eine neu im Amt befindliche Landesregierung beginnt, die ersten von ihr gesehenen Veränderungsnotwendigkeiten im Haushalt über einen Nachtrag abzubilden und damit zugleich auch eine Schlussbilanz der Defizite zu ziehen, die sie nach Amtsübernahme identifiziert. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches.

Es gibt aber einen ganz entscheidenden Unterschied zu Ihrem Vorgehen, als Sie von SPD und Grünen seinerzeit die Mehrheit im Land errungen haben bzw. – besser gesagt – in die Regierungsverantwortung gekommen sind, denn die frühere Ministerpräsidentin Kraft und ihr Finanzminister Norbert Walter-Borjans wollten die Nettokreditaufnahme mit dem Nachtragshaushalt um 2,3 Milliarden € auf geplante 8,9 Milliarden € erhöhen. Das war Ihre Philosophie der sogenannten präventiven Finanzpolitik der guten Schulden, mit der Schuldenmacherei von Ihnen noch zu etwas Gutem erhoben worden ist.

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nückel?

**Ralf Witzel (FDP):** Ja, bitte.

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege Nückel.

(Thomas Nückel [FDP] signalisiert, dass er sich nicht zu Wort gemeldet hat. – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Selbst Herr Nückel hat keine Fragen an Sie!)

**Präsident André Kuper:** Okay, alles klar.

**Ralf Witzel (FDP):** Als Sie von SPD und Grünen seinerzeit Ihren ersten Nachtragshaushalt eingebracht haben, haben Sie die Neuverschuldung massiv angehoben. Wir haben Sie seinerzeit damit vor dem Verfassungsgerichtshof gestoppt, sodass Sie damit nicht durchgekommen sind. Dieser Nachtragshaushalt von Schwarz-Gelb hingegen senkt die Nettokreditaufnahme im Vergleich zur rot-grünen Planung um rund 100 Millionen € ab und korrigiert zugleich elementare Versäumnisse der rot-grünen Hinterlassenschaften.

Die Wahrheit ist doch, dass vieles, was dieser Nachtragshaushalt enthält, Sie doch für den theoretischen Fall Ihrer Wiederwahl in diesem Land auch hätten machen müssen. Der Umstand, dass Sie es nicht gemacht haben, als Sie den Haushalt für das Jahr 2017 eingebracht haben, ist doch der Beleg dafür, dass Sie selbst nicht mehr damit gerechnet haben, hier nach der Landtagswahl noch in Regierungsverantwortung zu kommen. Hätten Sie denn die Aufgaben unerledigt gelassen?

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dann stellen Sie sich hierhin und sagen: Kitarettung ist falsch. Das ist nicht Ihr Ziel. Sie wären nicht daran gegangen, wenn Sie in irgendeiner Form noch Regierungsverantwortung in dieser Legislaturperiode getragen hätten. – Das können Sie nicht ernsthaft durchhalten. Sie haben einen Haushalt vor der Landtagswahl hinterlassen mit einem immensen Problemstau. So viel zu der hier vorgetragenen Rede der Kollegin Gebhardt über die „tolle“ Ausgangslage, die Schwarz-Gelb vorgefunden hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann schauen wir uns doch gerne die Punkte im Einzelnen an, zunächst das Kita-Träger-Rettungspaket. Ohne die Finanzspritze von 500 Millionen € droht vielen Trägern der Bankrott. Allein in meiner Region sehe ich, dass die Kitas in der Trägerschaft des Bistums Essen angekündigt haben, 100 Einrichtungen aufgrund der Unterfinanzierung zu schließen. Was das für die Kommunen bedeutet, wenn dann für Ersatz gesorgt werden muss mit öffentlichen Kapazitäten, wenn sich andere Träger an der Stelle aus dem Geschäft zurückziehen, ist fatal.

Wir wollen eine Kitalandschaft, die handlungsfähig ist. Wir wollen Qualitätsverbesserungen im Kitabereich. Wir wollen Trägervielfalt sichern und für eine größere Flexibilität von Angeboten sorgen, denn es reicht nicht aus, dass SPD und Grüne so gerne in Sonntagsreden von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen, aber Sie immer dann in der Praxis, wenn es darum geht, für die Infrastruktur zu sorgen, Ihre Defizite hinterlassen. – Das müssen wir dringend verbessern.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweiter Punkt. Die SPD hat im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen versprochen, 300 zusätzliche Kommissaranwärter einzustellen, aber sie hat es in ihrer regulären eigenen Haushaltsplanung, als sie noch die Mehrheit hatte, im Jahr 2017 nicht realisiert. Was ist das entsprechend wert? Sie konnten sich ganz offenbar innerhalb der Koalition nicht verständigen. Das ist eine unserer Sofortmaßnahmen gewesen zur Verstärkung der Polizei. Wir haben heute leider andere Herausforderungen bei der inneren Sicherheit, als es noch vor wenigen Jahren absehbar war, durch die Entwicklungen, die wir alle kennen. Deshalb musste hier dringend gehandelt werden, auch wenn das Ganze jetzt natürlich seinen Ausbildungsvorlauf hat, bevor es zum Tragen kommt.

Parallel haben Sie fünf Millionen Überstunden beim Polizeipersonal hinterlassen. Auch in dieser Hinsicht müssen wir jetzt ein Angebot unterbreiten, dem entgegenzuwirken.

Zum dritten Thema: Unterhaltsvorschuss. Neben der Kitaretterung ist das ein weiteres Beispiel für kommunalfreundliche Politik. Über 45 Millionen € mehr Landesanteil haben die Kommunen zu erwarten, verbunden mit einem baldigen Verwaltungsservice des Landes auch bei der Anspruchsverfolgung. Das ist kommunalfreundliche Politik.

Zum Thema Krankenhausfinanzierung wird meine Kollegin Susanne Schneider noch im Einzelnen Position beziehen.

Deshalb belasse ich es an dieser Stelle mit der Einordnung: Dieser Nachtragshaushalt kann naturgemäß nicht die komplette Haushaltspolitik über Nacht neu ausrichten. Er kann aber die wesentlichen Fehler und Defizite korrigieren, die Rot-Grün hinterlassen hat. Sie haben in Kernbereichen der Landespolitik eine Situation zurückgelassen, die dringend korrekturbedürftig ist. Das werden wir jetzt in einem ersten Schritt mit diesem Nachtragshaushalt so beschließen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die Grünen hat der Kollege Mostofizadeh das Wort.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz Rekordsteuereinnahmen, trotz boomender Konjunktur und trotz niedriger Zinsen legen Sie heute erneut einen Schuldenhaushalt in Höhe von 1,6 Milliarden € vor. – So hätten Sie Ihre Plenarreden begonnen, wenn wir an der Regierung wären, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der SPD: Schuldenkaiser!)

Und was Sie noch gemacht haben: FDP und CDU haben Frau Kraft in diesem Hohen Hause eine Schuldenkönigin geschimpft.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben peinliche Wortspiele wie „Kabinett Kraftikakis“ kreiert,

(Zuruf von der SPD: Schuldenkaiser!)

um an vermeintlich griechische Verhältnisse zu erinnern.

Eines kann ich Ihnen sagen: Ich würde mir Herrn Varoufakis nach Nordrhein-Westfalen wünschen. Seine Bilanz ist keinen Deut besser als die von Herrn Lienenkämper, aber dafür hat er das eindeutig coolere Motorrad, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist der teuerste Regierungswechsel aller Zeiten. Es ist ein Wahlkampfhushalt. Sie haben sich Zeit gekauft, um über den September zu kommen. Das ist die Bilanz dieses zweiten Nachtragshaushaltes 2017.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben 139 neue Stellen in Ihren Etat eingefügt, und zwar – das muss ich schon sagen – einigermaßen schamlos. Auf der einen Seite sagen Sie in Ihrem Haushaltsentwurf auf Seite 29 sehr offen, dass Sie diese Stellen brauchen, um Vertrauenspositionen in den Regierungen abzubilden. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass die Staatssekretäre und die Ministerinnen und Minister ausgetauscht werden; es gibt auch eine dauerhafte Fluktuation.

Ich frage mich, ob Sie wirklich 139 Getreue brauchen, um Vertrauen in diese Regierung zu bekommen. Sind denn die Beamtinnen und Beamten in diesem Lande alle nicht mehr vertrauenswürdig, Herr Kollege Lienenkämper?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Da passt es ins Bild, was im Hause der Heimatministerin mit dem langjährigen Leiter der Kommunalabteilung, Johannes Winkel, geschehen ist. mit dem ich, ehrlich gesagt, nicht immer einer Meinung war – und das ist auch gut so. Er ist ein integrierter, über alle

Parteigrenzen hinweg geachteter Mann, der seine Meinung gesagt hat und trotzdem loyal war. Offensichtlich sind solche Qualitäten bei CDU und FDP jetzt nicht mehr gefragt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Aber auch die haushalterische Umsetzung dieser 139 Stellen macht mir Angst, Herr Finanzminister Lienenkämper. Warum erhalten diese nicht den Vermerk „kw“, wie es sich gehört? Die Aussage im Haushaltsausschuss dazu lautete lediglich: Wir haben auch andere Mittel.

Es gibt nur zwei Schlüsse, die das zulässt: Entweder wollen Sie das Parlament entmachten und machen aus einer Ermächtigungsgrundlage für die Regierung eine Entmündigungsgrundlage für das Parlament, oder Sie wollen diese 139 Stellen ganz schamlos in den Haushalt hineinpacken; denn das kommt rechtlich bei Ihrem Gesetzentwurf heraus.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen: den BLB-Kredit. So wie der Landesrechnungshof es auslegt, könnte man denken, man kann es so oder so sehen. Tatsächlich ist es aber anders. Sie wollen die fallende Linie beschreiben. Sie wollen die 880 Millionen € BLB-Kredit in den Haushalt dieses Jahres einstellen, um einen vermeintlichen Abfall der Nettokreditaufnahme zu konstruieren. Das geschieht jedoch auf dem Rücken des Immobilienbetriebes. Das ist finanzpolitisch falsch und letztlich ein schlichter Haushaltstrick, Herr Kollege Lienenkämper. Das ist die schwarze Kasse Nummer eins, die CDU und FDP hier aufgemacht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die schwarze Kasse Nummer zwei ist das „Phoenix-Portfolio“. Das „Phoenix-Portfolio“ wurde von Ihrem Vorgänger, Herrn Linssen, angelegt, um die Risiken der WestLB-Abwicklung abzufangen. Das wurde gemacht, um sukzessive die Risiken durch Haushaltsmittel zu hinterlegen.

Herr Finanzminister Lienenkämper, Sie haben doch alle Möglichkeiten. Sie haben die Experten der Ersten Abwicklungsanstalt, und Sie haben die Experten in Ihrem Hause. Fragen Sie sie doch! Machen Sie doch einen Abbaupfad und keine Arbeitsverweigerung hier! Das ist die schwarze Kasse Nummer zwei. Sie ist haushalterisch unvernünftig und letztlich eine schwarze Kasse auf dem Rücken des Kreditmarktes.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist auch spannend, was alles nicht im Haushalt steht. Stichwort „Grunderwerbsteuer“: CDU und FDP sind im Lande rauf und runter gezogen und haben gesagt: SPD und Grüne haben die Grunderwerbsteuer auf 6,5 % angehoben. Wir werden eine Entlastung der jungen Familien vornehmen.

Dazu steht nichts im Haushalt, und der Finanzminister weigert sich, Aussagen dazu zu machen. Warum eigentlich? Es liegt doch ein Gutachten der FDP vor, das klipp und klar sagt, was dann passieren würde. Eine Milliarde € fehlt im Landeshaushalt, und es sind noch einmal 200 Millionen € bei den Kommunen.

Meiner Meinung nach wollen Sie die Antwort nicht geben, weil Sie die Gegenfinanzierung nicht darstellen können. Sie haben es schlicht nicht drauf, Ihre Wahlversprechen einzulösen. Das ist schamloser Wahlbetrug, was an der Stelle stattfindet!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der CDU: Ui!)

Ich möchte noch ein weiteres Beispiel nennen. Die Integrationspauschale steht auch nicht in diesem Haushalt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie müssen nicht immer von sich auf andere schließen!)

Das ist allerdings ganz komisch, denn die CDU-Fraktion hat noch bis zum Wahltag gefordert, die Integrationspauschale von 434 Millionen € den Kommunen in voller Höhe zur Verfügung zu stellen.

Ich kann in dem Zusammenhang den Kollegen Optendrenk zitieren, der im Rahmen des Zweiten Nachtragshaushalts 2016 sagte:

„Integration findet vor Ort statt. Das wäre die richtige Antwort auf die Herausforderungen gewesen.“

Deswegen gab es den Antrag, die 434 Millionen € den Kommunen in vollem Umfang bereitzustellen. Das hat Rot-Grün nicht gemacht. Herr Optendrenk sagte, das sei eine Fehlleistung der rot-grünen Landesregierung gewesen.

Die FDP hat immer eine angemessene Weiterleitung der 434 Millionen € gefordert. Was ist jetzt dabei herausgekommen? CDU und FDP haben sich jetzt darauf geeinigt, null Euro an die Kommunen weiterzuleiten. Findet die Integration ab heute hier in Nordrhein-Westfalen nicht mehr vor Ort statt, Herr Kollege Optendrenk?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Dann das Possenspiel bei der Krankenhausfinanzierung: Zuerst feiern Sie sich dafür, 250 Millionen € für diesen Bereich zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Die Kommunen stellen nun fest, dass 100 Millionen € natürlich von den Kommunen zu tragen sind. Dann gibt es hektische Aufregung bei den Koalitionsfraktionen. Es kommt eine Pressemitteilung zutage, in der steht: Die 100 Millionen € müsst ihr überhaupt nicht bezahlen, liebe Kommunen, die bezahlt das Land aus eigenen Haushaltsmitteln.

Dann gibt es Verwirrung bei allen. Die kommunalen Spitzenverbände sagen, es sei ein Affront gewesen,

dass mit ihnen vorher nicht einmal gesprochen worden wäre, um diesen Sachverhalt darzustellen. – Also, Ihre Kommunikationsfähigkeit und Kommunalfreundlichkeit möchte ich schon nach 100 Tagen Regierungszeit klar infrage stellen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Aber die Verwirrung geht ja weiter. Bis heute ist nicht klar erklärt worden, wie Sie es machen wollen. Aus meiner Sicht ist es klar, was hier passiert: Die 100 Millionen € wollen Sie kreditieren. Sie schaffen es allerdings nicht, das bilanziell aus dem Jahr 2017 herauszukriegen. Lassen wir das einmal stehen.

Aber die 100 Millionen € sollen die Kommunen im nächsten Jahr nach Ihrem Willen darstellen. Und der Gesundheitsminister hat auch klar zum Ausdruck gebracht: Er will, dass die Kommunen weiter beteiligt werden. Warum läuft dann der Fraktionsvorsitzende der CDU auf dem Parteitag in Rhein-Sieg durch die Gegend und sagt: Nein, nein, diese 250 Millionen € sind ein einmaliger Vorgang.

Herr Finanzminister Lienenkämper, ich möchte heute eine klare Aussage von Ihnen haben: Wird die Krankenhausfinanzierungsbeteiligung der Kommunen weitergehen? Wird es ein einmaliger Vorgang oder eine strukturelle Weiterbelastung sein? – Denn es ist ein Schauspiel, was Sie hier abziehen. Auf der einen Seite behaupten Sie, 100 Millionen € Entlastung gäbe es, und strukturell würden die Kommunen nicht belastet. Das ist nicht in Ordnung, das ist Hinter-die-Fichte-Führen der Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Den zweiten Punkt, der die Krankenhausfinanzierung betrifft, möchte ich an der Stelle auch noch ansprechen. Ich hatte die Freude, mir in drei Ausschüssen die Haushaltsberatung anzusehen: im Haushalts- und Finanzausschuss, im Kommunalausschuss und im Gesundheitsausschuss. Ich habe in allen drei Sitzungen nachgefragt, wie das denn technisch ablaufen soll. – Niemand hat mir eine Antwort gegeben.

Allerdings hat der Gesundheitsminister eine aus meiner Sicht interessante Bemerkung gemacht. Er hat gesagt: Mir ist ganz egal, wie die 250 Millionen € zustande kommen. Hauptsache, das Geld ist bei mir. – Das macht doch eins deutlich: Dieser Finanzminister ist Erfüllungsgehilfe von Ressortinteressen, er ist kein ehrbarer Kaufmann und nimmt seine Funktion als Finanzminister bei diesen Haushaltsberatungen in keiner Weise wahr.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, viele – auch ich – waren überrascht, als Sie Herrn Lienenkämper zum Finanzminister ernannt haben. Ich muss leider nach 100 Tagen sagen: Wir

brauchen an der Spitze des Finanzressorts keine rheinische Frohnatur, sondern einen ehrbaren Kaufmann, wie es Alt-Finanzminister Helmut Linssen von der CDU mal formulierte. Davon ist Herr Lienenkämper Lichtjahre entfernt. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch von der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Jetzt hat für die AfD Herr Loose das Wort. Bitte sehr.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor vier Wochen haben wir Ihnen bereits zahlreiche Vorschläge zum Sparen gemacht. Wir hatten Ihnen die unwirtschaftlichen Öko-Träumereien genannt, zum Beispiel die Solarfahrradgaragen. Wir hatten Ihnen angeraten, endlich die freien Flüchtlingsplätze zu kündigen. Aber Sparen muss man auch wollen. Und bei Ihnen ist der Wille eindeutig nicht erkennbar.

(Beifall von der AfD und von Marcus Pretzell [fraktionslos])

Bei 1,3 Milliarden € Steuermehreinnahmen, also Geld, was Sie den Bürgern genommen haben, schaffen Sie es nur, 0,1 Milliarden € davon in die Tilgung zu stecken; noch nicht einmal 10 %.

Stattdessen plustern Sie Ihren Beamtenapparat mit 139 neuen Stellen auf. Natürlich muss man eine gewisse politische Richtung vertreten können. Mit 139 Stellen vollziehen Sie hier aber eine politische Gleichschaltung und keinen politischen Richtungswechsel.

(Beifall von der AfD)

Damit stoßen Sie all den gut arbeitenden, hart kämpfenden und engagierten Mitarbeitern vor den Kopf. Eine maßvolle Umbesetzung hätte Ihnen wirklich gut zu Gesicht gestanden.

Die Terrorbekämpfung, die Sie hier fördern, ist leider angesichts des Verfassungsschutzberichtes bitter nötig. Aber wenn wir mehrere 100.000 Menschen im Land haben, von denen wir die Identität gar nicht kennen, dann doktern wir hier doch nur an den Symptomen herum.

Den Kampf gegen den politischen Extremismus erkennen wir leider nur im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Denn die Seite „indymedia“ zum Beispiel, die kurz vor der Wahl abgeschaltet wurde, ist jetzt wieder online. Wenn Sie wirklich den Kampf gegen den Linksextremismus aufnehmen wollen, dann bekämpfen Sie diese Brutstätte des Terrors endlich vehement!

(Beifall von der AfD)



Die Abgeltung der Überstunden für die Polizei und für die Gerichtsmitarbeiter ist leider bitter notwendig. Uns wäre es lieber gewesen, wenn die Polizisten auch einmal ein Wochenende bei ihren Familien verbringen könnten. Aber die katastrophale Lage in Deutschland und vor allen Dingen in NRW macht es leider nicht möglich.

Räumen Sie doch bitte endlich bei den No-go-Areas auf! Schicken Sie die deutschen Straftäter vehement ins Gefängnis und die ausländischen Straftäter, die unser Asylrecht missbrauchen, wieder in ihr Heimatland zurück!

(Beifall von der AfD)

Was passiert denn mit Ihrer Dauerduldung dieser abgelehnten Asylbewerber? – Diese Personen nehmen Wohnungen weg, diese Personen nehmen Integrationskurse weg, diese Personen nehmen Gesundheitskosten weg, die für die wirklich schutzbedürftigen Personen dann nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Beifall von der AfD)

Das Schlimme ist, dass die SPD diese Problemlage noch nicht einmal erkannt hat. Was fordert die jetzt? – In einem Änderungsantrag fordert sie, dass mehr als 300 Millionen € an die Kommunen ausbezahlt werden, damit die abgelehnten Asylbewerber noch länger hier im Land leben können. Was ist denn das für ein irrer Vorgang?

(Beifall von der AfD)

In der Anhörung wurde sehr klar zum Ausdruck gebracht, dass dieser Haushalt und auch die folgenden hohe Risiken enthalten, wenn man nicht endlich anfängt, die Schulden zu tilgen.

Die EZB flutet die EU mit billigem Geld. Das führt dazu, dass die Unternehmen in unwirtschaftliche Projekte investieren. Das führt dazu, dass die Kommunen in unwirtschaftliche Projekte investieren. Und wenn die Zinsen erst einmal steigen, dann knallt es auf zwei Seiten: Die Konjunktur wird einbrechen, und Sie haben die Probleme, den Haushalt überhaupt noch ordnungsgemäß zu führen.

(Beifall von der AfD)

Es gibt viele Handlungsfelder, die wir Ihnen aufgezeigt haben. Jetzt ist es an Ihnen zu handeln, doch in den ersten 100 Tagen haben wir bisher nur erkennen müssen: Außer Spesen nichts gewesen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Danke, Herr Loose. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Lienenkämper das Wort. Bitte.

**Lutz Lienenkämper,** Minister der Finanzen: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Gebhard, lieber Herr Kollege Mostofizadeh, eigentlich bin ich nach den Reden versucht, eine Rede zu halten und den damaligen und immer noch amtierenden Fraktionsvorsitzenden der SPD zu zitieren, der 2010, nachdem wir die Regierungsverantwortung abgegeben hatten, sieben Jahre lang die alte Leier heruntergeredet hat, wie schlecht wir dieses Land regiert hätten.

(Zurufe von der SPD: Stimmt ja! Haben Sie auch!)

Das tue ich ausdrücklich nicht; denn ich will kein Öl ins Feuer gießen. Eines sage ich Ihnen aber: Nach Ihren beiden Reden hätte Ihnen wahrscheinlich ein wenig mehr Nachdenken darüber, warum die Menschen in Nordrhein-Westfalen Sie nicht mehr in der Regierung sehen wollten, wirklich gutgetan.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Kollege Mostofizadeh, der Einstieg war schon bezeichnend für Ihre ganze Rede: Das Motorrad des Kollegen Varoufakis sei cooler als meines. – Ich kann Ihnen nur sagen, das war wirklich symptomatisch. Es zeigt nämlich, dass Ihre Informationen offenkundig nicht so richtig zutreffen. Sie sollten wissen: Ich habe kein Motorrad, lieber Herr Kollege Mostofizadeh.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn ich mir einmal ansehe, was der Kollege Varoufakis in Griechenland in seiner Bilanz stehen hat, dann darf ich Ihren Ratschlag offenkundig so zusammenfassen: Lieber cool auf dem Motorrad als rheinische Frohnatur. – Ich sage Ihnen, ich will lieber eine rheinische Frohnatur mit einer guten Bilanz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Dann haben Sie ein wunderbares Bild von den tollen Voraussetzungen gezeichnet, unter denen wir gestartet sind. Die haben die Menschen bei der Wahl offenbar nicht mitbekommen. Wahrscheinlich hat man Ihnen da vorher nicht genug zugehört. Ich sage Ihnen jetzt einmal, wie die Voraussetzungen im Ländervergleich tatsächlich gewesen sind.

(Zuruf von der SPD: Sie sind zur Wahrheit verpflichtet! Das wissen Sie!)

Von 2010 bis 2015 haben alle deutschen Bundesländer zusammen eine Nettokreditaufnahme von 48 Milliarden € gehabt.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Davon entfielen auf Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün 41,1 %. Das ist der erste Teil der Bilanz.

Im Jahre 2016 haben mit Ausnahme von Sachsen, dem Saarland und Bremen alle anderen Bundesländer Schulden getilgt. Insgesamt saldiert war das ein Betrag von über 3,5 Milliarden €. Der von Nordrhein-Westfalen getilgte Betrag lag bei rund 30 Millionen € und machte noch nicht einmal 1 % der Tilgungsleistungen aller Bundesländer in 2016 aus.

(Zuruf von der SPD: Ich bin gespannt, was Sie in diesem Jahr tilgen!)

Für 2017 haben Sie als rot-grüne, damals noch amtierende Mehrheit im Dezember vergangenen Jahres eine Nettokreditaufnahme von über 1,62 Milliarden € beschlossen.

(Zuruf von der SPD: Eine Ermächtigung!)

Meine Damen und Herren, auch damit wird deutlich: Ihre Bilanz der Regierung von 2010 bis 2017 ist im Ländervergleich schlecht, ist für das Land Nordrhein-Westfalen schlecht und blendet wesentliche Politikfelder in diesem Lande aus.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Martin Böschel [SPD])

Deswegen mussten wir jetzt mit dem Nachtragshaushalt einen Reparaturhaushalt aufsetzen, deswegen mussten wir die unterfinanzierten Politikfelder anfassen und deswegen mussten wir dringend benötigte Investitionen für unser Land ermöglichen.

(Michael Hübner [SPD]: Sie müssen sich an Ihren Maßstäben messen lassen!)

Und dies übrigens, meine Damen und Herren, mit Ihrer rot-grünen Verschuldungsermächtigung: rot-grüne Schulden für rot-grüne Fehler!

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Der erste Teil ist der Buchungstrick bei der Darlehensstilgung des BLB. Da haben Sie 885 Millionen € alleine aus dem Grund getrickst, um selbst eine abnehmende Nettoneuverschuldung darstellen zu können. Ich will Ihnen sagen: Das ist ein reiner Trick. Diese abnehmende Nettoneuverschuldung hat es nie gegeben. Eigentlich müssten Sie diese 885 Millionen € auf Ihre Bilanz noch einmal draufrechnen. Dadurch wird sie noch schlechter. Wir haben den Trick beseitigt und stellen Transparenz in Nordrhein-Westfalen her.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben eine katastrophal finanzierte Kita-Landschaft hinterlassen. Sie haben unseren Kindern keine guten Startvoraussetzungen ermöglicht. Mit unserem Kitarettungsprogramm bekommen wir den Einstieg in wesentliche Verbesserungen hin.

Sie haben das Thema „innere Sicherheit“ ausgeblendet. Sie haben eines Ihrer größten Probleme im Bereich der inneren Sicherheit gehabt. Wir steigen in die Behebung dieser Fehler ein.

Sie haben bei der Krankenhausfinanzierung die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen im Stich gelassen. Wir sorgen dafür, dass die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen eine wesentliche Geldspritze von insgesamt 250 Millionen € in diesem Haushalt bekommen. Das ist gut für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.

**Präsident André Kuper:** Herr Minister Lienenkämper, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Lutz Lienenkämper,** Minister der Finanzen: Ich würde gerne im Zusammenhang vortragen.

**Präsident André Kuper:** Okay.

**Lutz Lienenkämper,** Minister der Finanzen: Meine Damen und Herren, ich will noch kurz auf das Thema der 139 Stellen eingehen, die Sie in klaren und deutlichen Worten kritisieren.

Einfach nur einmal ein paar Zahlen: Rot-grüne Landesregierung 2010 bis 2017: Der Gesamtstellenbestand im Land ist von 284.636 auf 296.952, also um 12.316 Stellen, gestiegen.

(Michael Hübner [SPD]: Sagen Sie doch mal, wo!)

– Ich wusste ja, was Sie jetzt sagen. – Ich nehme jetzt nur die allgemeine Verwaltung heraus, und die Bereiche Polizei und Schulen, die wir genauso mitgetragen hätten, lasse ich einfach raus.

**Präsident André Kuper:** Herr Minister Lienenkämper, es gibt den weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage.

**Lutz Lienenkämper,** Minister der Finanzen: Es gibt den weiteren Wunsch von mir, im Zusammenhang vorzutragen.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

**Präsident André Kuper:** Gut.

**Lutz Lienenkämper,** Minister der Finanzen: Wir waren gerade bei den 12.316 Stellen, um die der Stellenbestand insgesamt gestiegen ist. In der allgemeinen Verwaltung sind die Stellen um 2.220 oder um rund 7,2 % auf 33.224 gestiegen.

Wenn ich mir dann einmal die Ministerialkapitel in diesen fünf Jahren ansehe, dann war das in der Regierungszeit von Rot-Grün ein Zugang um insgesamt 1.257 Stellen. Wenn Sie das einmal in ein vernünftiges Verhältnis stellen, dann werden Sie merken, dass Ihre Vorhaltungen maßlos sind, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Sie blenden gekonnt aus,

(Nadja Lüders [SPD]: Setzen Sie sich jetzt mit dem Verfassungsschutz auseinander?)

dass wir – anders als Sie übrigens – erklärt haben: Die Mehrkosten, die für die 139 Stellen entstehen, die aus Anlass der Regierungsbildung geschaffen werden, werden wir im Laufe der Legislaturperiode in den Personalhaushalten der Ministerien wieder erwirtschaften.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Über die Legislaturperiode werden dafür keine weiteren Kosten für das Land Nordrhein-Westfalen anfallen.

(Martin Börschel [SPD]: Machen Sie einen Haushaltsvermerk!)

Das unterscheidet uns von Ihrer unseriösen Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Marc Herter [SPD]: Haushaltsstellen oder kw-Stellen?)

Deshalb: Der Nachtragshaushalt ist ein Reparaturhaushalt. Wir steigen in die Gestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Darauf freuen wir uns. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Herr Minister, bitte bleiben Sie stehen. Es gibt eine Kurzintervention von Herrn Mostofizadeh. – Bitte.

**Mehrdad Mostofizadeh** (GRÜNE): Herr Finanzminister! Da Sie, obwohl ich Sie in meiner Rede klar angesprochen habe, nicht geantwortet haben, möchte ich meine Frage wiederholen.

Im Bereich der Krankenhausfinanzierung steht nach wie vor offen im Raum, wie die 100-Millionen-€-Beteiligung der Kommunen stattfinden soll. Ich würde sehr gern von Ihnen wissen, wie das rechtlich substantziell abläuft. Nach meinem Dafürhalten müssen die Kommunen in diesem Jahr 100 Millionen € bilanziell und den Aufwand im Jahr 2018 darstellen. Das führt dazu, dass die Kommunen im Jahr 2018 mit 100 Millionen € belastet werden und darüber hinaus auch

über den noch von Ihnen festzusetzenden Krankenhausanteil von 40 % für die Haushaltsmittel, die im Jahr 2018 stattfinden.

Ich frage das vor dem Hintergrund, weil in allen Ausschüssen widersprüchliche Dinge von Ihren Kollegen gesagt worden sind und der Fraktionsvorsitzende der CDU offensichtlich auch den Leuten Sand in die Augen streuen und hier nicht auf diese Punkte hinweisen will.

Eine letzte Bemerkung, weil Sie eben die kw-Vermerke genannt haben: Bitte, Herr Finanzminister, Sie haben alle Mittel, das im Haushalt zu vermerken, entweder als kw-Vermerk an der Stelle oder indem Sie die Haushaltsmittel als globale Kürzung einfügen. Sie stellen keine Transparenz im Haushalt her, sondern machen das Gegenteil davon.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Herr Minister.

**Lutz Lienenkämper**, Minister der Finanzen: Kollege Mostofizadeh, Sie haben den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP zur Krankenhausfinanzierung gelesen. Wenn Sie den richtig interpretieren – so wie wir –,

(Nadja Lüders [SPD]: Eben drum!)

dann ist eindeutig, dass für 2017 für die Kommunen keine Beiträge anfallen, weder bilanziell noch in Zahlungsströmen. Das geschieht im Jahr 2018. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz in seiner Struktur stammt übrigens aus dem Jahr 2002 und ist unter Rot-Grün so beschlossen worden.

(Nadja Lüders [SPD]: Und die 40 % von Ihnen!)

Das ist auch grundsätzlich richtig so. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Für die CDU hat Kollege Preuß das Wort.

**Peter Preuß** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Zitat aus einer Rede beginnen, die ich am 18. März 2015 zum Krankenhausgestaltungsgesetz, das CDU und FDP abgelehnt haben, gehalten habe. Das Zitat lautet:

„Meine Damen und Herren, die Krankenhäuser in NRW haben einen erheblichen Investitionsbedarf. Sie sind chronisch unterfinanziert. Der Haushaltsansatz für den Investitionsbedarf der 385 Krankenhäuser im Land beträgt nicht einmal die

Hälfte des benötigten Volumens von mindestens 1,2 Milliarden € jährlich; ...“

Der Sonderfonds „Krankenhäuser“, der die pauschale Förderung ergänzen sollte, war für 2015 von 1,6 Millionen € auf null Euro gesetzt. – Und:

„In der Vergangenheit waren Krankenhäuser gezwungen, dringende Investitionsmaßnahmen durch Kredite zu realisieren, da das Land seiner Verpflichtung zur auskömmlichen Investitionsfinanzierung nicht nachgekommen ist.“

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen –

(Beifall von der CDU und der FDP)

außer der Tatsache, dass das Land in den vergangenen sieben Jahren von Rot-Grün geführt wurde.

Sie hätten vieles ändern können, nichts ist geschehen. Die Investitionskostenförderung stagnierte, der Krankenhausbedarfsplan 2015 erwies sich als zahloser Tiger, die Versorgungsstrukturen haben sich nicht signifikant geändert. Von dem im Antrag erwähnten Modernisierungsprogramm für die Universitätskliniken profitierten sechs Kliniken – bei über 300 Krankenhäusern im Land –, und es reichte selbstverständlich nicht aus zur landesweiten medizinischen Versorgung der Patientinnen und Patienten.

Wir stellen nun im Nachtrag für dieses Jahr 250 Millionen € als Soforthilfe zur Verfügung. Unser mittelfristiges Ziel ist zudem eine Krankenhausfinanzierung, die sich an der Qualität der medizinischen Leistungen und an der Effizienz der Versorgungsstrukturen orientiert.

Wir wollen einen Krankenhausplan entwickeln, der strukturelle Schwierigkeiten der medizinischen Versorgung vermeidet. Doppelstrukturen vermeiden, hohe Spezialisierung auch für bestimmte Erkrankungen, Erreichbarkeit bei Akutversorgung – das sind die Stichworte, die in den Krankenhausplan gehören.

(Michael Hübner [SPD]: Ist das von Wikipedia?)

Meine Damen und Herren, die medizinische Versorgung der Menschen in unserem Land gehört zur Daseinsvorsorge, und ihre Sicherung ist Aufgabe des Landes.

(Michael Hübner [SPD]: Doch von Wikipedia!)

Im Gegensatz zu SPD und Grünen in den vergangenen sieben Jahren stellt sich die CDU-geführte Regierung mit der FDP zusammen dieser Verantwortung. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Preuß. – Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Neumann.

**Josef Neumann (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Nachtragshaushalt in den Politikfeldern „Soziales, Arbeit und Gesundheit“ entspricht letztendlich dem, was wir im Koalitionsvertrag lesen können,

(Minister Karl-Josef Laumann: Richtig!)

nämlich wenig – oder nichts – oder gar nichts.

Das ist die Schlussfolgerung, die man daraus ziehen kann. Von der Operation, die Sie hinsichtlich der Krankenhäuser begonnen haben, kann man den Eindruck gewinnen, im Operationsaal sei das Licht ausgegangen, bevor sie angefangen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Da fällt mir der Spruch ein: Da beiße ich glatt in die Mullbinde.

Sie haben Außenwirkung erzielt, indem Sie behauptet haben, Sie würden Kommunen entlasten. In Wirklichkeit legen Sie denen neue finanzpolitische Fußfesseln an, Fußfesseln, die Sie nicht einmal vorab mit ihnen besprochen haben. Sie haben es nicht nötig gehabt, es zu tun.

Und: Herr Minister Laumann, bei dem, was Sie und auch eben Herr Lienenkämper zum Thema „Krankenhausfinanzierung“ gesagt haben, muss man einfach nur feststellen: Entweder wissen beide Häuser nicht, worum es geht, oder es bleibt bei dem, was Herr Lienenkämper gesagt hat. Wir müssen jetzt interpretieren, was wir uns darunter vorzustellen haben.

Ich glaube, das ist eine ganz schlechte Grundlage,

(Zuruf von den GRÜNEN)

um die Krankenhausfinanzierung in Nordrhein-Westfalen auf neue Füße zu stellen und sie perspektivisch anders zu entwickeln. Diesen Aufschlag hätte man haben können, wenn man transparent im Umgang mit den Beteiligten, insbesondere mit der Kommunalfamilie, umgegangen wäre und dafür eine Perspektive geschaffen hätte. Das haben Sie nicht getan, und zu Recht ist Ihnen das von denen auch vorgeworfen worden.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit, Herr Kollege.

**Josef Neumann (SPD):** Und lassen Sie mich noch einen Punkt nennen – die Redezeit ist knapp –:

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Eigentlich überschritten!

**Josef Neumann** (SPD): Beim Thema „Soziales und sozialer Arbeitsmarkt“ haben die Menschen mehr verdient als das, was ihnen jetzt vorgelegt wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

**Susanne Schneider** (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, Herr Kollege Neumann, im OP gehen die Lichter aus, wenn hier in diesem Land nicht unverzüglich gehandelt wird. Da gebe ich Ihnen recht.

(Beifall von der FDP)

Ausgerechnet Ihre SPD bringt hier noch einen Antrag zur Finanzierung der Krankenhäuser ein, die Sie sieben Jahre lang total ignoriert haben! Wir in Nordrhein-Westfalen sind Schlusslicht – Schlusslicht aller westdeutschen Flächenländer, was die Krankenhausinvestitionsförderung betrifft.

(Zuruf von den GRÜNEN)

In Baden-Württemberg wird jedes Bett doppelt so hoch gefördert wie in NRW, und dann sagen Sie, es bestehe kein Handlungsbedarf. Die neue NRW-Koalition hat sofort gehandelt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Stimmt das, Herr Laumann?)

Wir stellen in diesem Nachtragshaushalt 250 Millionen € als einen ersten Schritt für die pauschale Förderung von Investitionen in kurzfristige Anlagegüter zur Verfügung. Damit werden wir mit den Fördermitteln je Bett nach vielen Jahren erstmals wieder über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Unsere Krankenhäuser stehen vor großen Herausforderungen, sei es der demografische Wandel, sei es der Fachkräftemangel. Dafür brauchen wir beste attraktive Arbeitsbedingungen durch den verstärkten Einsatz von technischen Hilfsmitteln oder auch einfach durch eine moderne Ausstattung, zum Beispiel der OPs.

Und wir wollen alle, nein, wir müssen alle die Chancen der Digitalisierung und von eHealth nutzen. Dazu brauchen wir aber auch Investitionen zum Austausch veralteter IT-Systeme und zur Verbesserung der IT-Sicherheit. Dies zeigt, Gebäude und technische Ausstattung der Krankenhäuser müssen fortlaufend modernisiert werden.

Wir wollen zumindest schnell einen ersten Schritt auf den Weg bringen, um den bestehenden Rückstand bei den Investitionen an einigen Stellen abzubauen.

Als Sofortmaßnahme kommt hier auch nur eine Erhöhung der bestehenden Pauschalförderung in Betracht. Neue Förderprogramme oder Änderungen der gesetzlichen Grundlagen würden sich gar nicht so schnell umsetzen lassen, dass sie von den Kliniken noch in diesem Jahr genutzt werden könnten. Wir haben auch bereits im Entfesselungspaket I eine Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes vorgesehen,

(Zuruf von den GRÜNEN)

um neben der Pauschalförderung auch gezielte Einzelförderung zur Verbesserung der Krankenhausstruktur zu ermöglichen.

Wenn Sie, liebe SPD, hier eine Finanzierung über Kredite der NRW.BANK vorschlagen, möchte ich von Ihnen den Vorwurf eines Schattenhaushaltes in den nächsten Monaten nicht mehr hören.

(Beifall von der FDP)

Zum Schluss noch zu den Kommunen. Wir haben sehr wohl die Kritik aus der kommunalen Familie aufgenommen, dass eine kurzfristige Belastung der laufenden Haushalte in der kommunalen Planung nicht umsetzbar ist. Deshalb haben wir eine Möglichkeit gefunden, den tatsächlichen Zahlungsanspruch auf das Folgejahr zu verlagern. Aber ein Blick ins Gesetz zeigt auch, dass eine Beteiligung der Kommunen an der Förderung in Höhe von 40 vom Hundert erforderlich ist. Damit liegen wir auf gleicher Höhe wie Niedersachsen und niedriger als unsere anderen Nachbarländer wie Hessen und Rheinland-Pfalz.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir sollten ebenso nicht vergessen, dass gerade auch die Kommunen von den Investitionen in ihre Kliniken profitieren, wodurch eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort gesichert wird.

(Beifall von der FDP)

Insofern halte ich es für falsch, eine kommunale Beteiligung an der Investitionsförderung gänzlich infrage zu stellen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Susanne Schneider** (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die NRW-Koalition aus Christdemokraten und FDP möchte nicht länger, dass NRW Schlusslicht bei der Finanzierung unserer Krankenhäuser ist. Wir wollen beste Arbeitsbedingungen, wir wollen gut ausgestattete Häuser für die Mitarbeiter in den Kliniken und für die Menschen in unserem Land. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die AfD-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Vincentz das Wort.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Deutschlands Krankenhäuser zählen zu den besten der Welt. Das ist der aktuelle Status quo.

Und man wundert sich beizeiten, wie robust dieses Krankenhaussystem trotz seiner chronischen Unterfinanzierung ist. So mussten allein in den letzten Dekaden die digitalisierte bildgebende Diagnostik mit Computer- und Magnetresonanztomografie, minimalinvasive Eingriffe und spezialisierte Einheiten, zum Beispiel zur Schlaganfall- oder Frühgeborenenversorgung, geschultert werden.

Die Investitionsmittel, die alle Bundesländer den Krankenhäusern im Jahr 2012 zur Verfügung gestellt haben, lagen bei 2,6 Milliarden €. 1992 lag die Investitionsfinanzierung der Bundesländer noch bei 3,8 Milliarden €. Das heißt, es gab seitdem einen Abbau um rund 30 %, während im gleichen Zeitraum die Krankenhausausgaben der Krankenkassen um 45 % gestiegen sind. Das Krankenhaussystem hat sich gewaltig geändert, seine gute Stellung in der Welt verteidigt und behauptet, und das trotz der fehlenden Investitionen.

Nun stehen aber neue Herausforderungen an und viele unserer Krankenhäuser deutlich mit dem Rücken zur Wand. Deutschland wird älter, die gesundheitlichen Risiken und damit die Fallzahlen steigen. Digitalisierung und IT-Sicherheit spielen plötzlich eine immense Rolle. Es gibt gerade im Gesundheitswesen einen gigantischen Fachkräftemangel und damit ein Rennen auf die klügsten Köpfe, und auch die Krankenhaushygiene darf nicht vernachlässigt werden.

Rund 1,5 Milliarden € müsste das Land jedes Jahr in seine Krankenhäuser investieren. Tatsächlich standen bislang nur ca. 500 Millionen € bereit. Das ist ein jährliches Defizit von 1 Milliarde €.

Um die Investitionslücke wenigstens teilweise zu schließen, werden Modernisierungen aus den DRG-Erlösen bezahlt. Das ist eine Situation, die für Krankenhäuser und dadurch vor allen Dingen für das Personal kaum tragbar ist.

Währenddessen liegt die Förderung in NRW konstant niedrig im unteren Drittel aller Bundesländer – und das trotz guter Konjunkturlage und trotz sprudelnder Steuereinnahmen.

(Beifall von der AfD)

Dabei wurden bereits in den vergangenen Jahren etwa 12,5 Milliarden € zu wenig in die NRW-Kliniken investiert. Die NRW-Kliniken verlieren Jahr für Jahr

an Substanz, solange die Förderlücke nicht geschlossen wird. 17,6 % der Krankenhäuser in NRW schrieben bereits 2014 deutlich rote Zahlen. Der Anteil der Fördermittel an den Gesamtkosten der Krankenhäuser liegt in Nordrhein-Westfalen aktuell unter 3 % und ist damit nur noch ein Tropfen auf den heißen Stein. Man muss die Regierung da wieder etwas auf den Boden der Tatsachen zurückholen: Auch die zusätzlichen 250 Millionen € werden an diesem Zustand nichts ändern.

(Beifall von der AfD)

Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales muss ich dann seitens der antragstellenden Fraktion der SPD hören – und das ist der eigentliche Skandal –, man könne den klammen Kommunen und in den Wahlkreisen kaum erklären, warum die Kommunen nun an den dringend benötigten Ausgaben für die Krankenhäuser beteiligt werden sollten. – Ja, auch den Kommunen geht es in diesem reichen Land offiziell nicht so gut. Es stimmt, dass vielen die Zwangsverwaltung droht.

Wir dürfen aber nicht vergessen: Krankenhäuser und ihre Mitarbeiter sind ein unverzichtbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn wir nicht in Schulen, Polizei, Straßen und Krankenhäuser investieren, in was dann?

(Beifall von der AfD)

Eine kurze Bemerkung: 2015 beliefen sich die Kosten der Kommunen allein für Asylunterkünfte abzüglich der Beteiligung des Bundes auf rund 2,6 Milliarden €.

(Zuruf: Hört, hört!)

Das Land Nordrhein-Westfalen trägt pro anerkanntem Flüchtling gerade mal 10.000 € von den auf 16.000 € geschätzten Kosten. Bei der größer werdenden Gruppe der Geduldeten zahlt NRW nur für drei Monate pro Jahr. Sie können sich also schnell zusammenrechnen, dass die Kosten, die für die Kommunen anfallen, deutlich über denen für die Krankenhausfinanzierung liegen.

(Beifall von der AfD)

Ich frage Sie: Wie wollen Sie den Menschen erklären, dass dieses reiche Land kein Geld für seine Krankenhäuser hat? Es ist doch vollkommen klar, dass so der Unmut der Menschen wächst – weshalb wir auch hier im Parlament sitzen.

(Beifall von der AfD)

Krankenhäuser sind kein Luxus, den man sich leisten kann, wenn man gerade Geld übrig hat. Wenn ein Appendix morgens früh um 3:00 Uhr vor dem Durchbruch steht, dann muss geholfen werden. Wenn Sie mit dem Auto vor den Baum fahren, dann muss Ihnen geholfen werden. Das ist kein Luxus!

(Beifall von der AfD)

Wenn Sie die lobenswerte Bereitschaft der Menschen in Nordrhein-Westfalen aufrechterhalten wollen, den Schutzbedürftigen dieser Welt auch weiterhin so selbstlos und voller Herzenswärme zu helfen, dann fangen Sie nicht an, darüber zu diskutieren, ob wir unsere Krankenhäuser finanzieren sollen und ob wir unsere Kommunen tatsächlich in irgendeiner Art und Weise daran beteiligen müssen. Das ist über alle Maßen unredlich den Patienten gegenüber, genauso wie gegenüber den Krankenschwestern und Ärzten, die unter Ihrer Politik leiden müssen.

Ich spreche nun einige von Ihnen persönlich an. Herr Yüksel, Herr Mostofizadeh und Frau Lück, haben Sie in dem Moment, in dem Sie ins Parlament eingezogen sind, vergessen, wie es ist, tatsächlich vor dem Krankbett zu stehen? Wie geht es Ihnen, wenn Sie Ihren ehemaligen Kollegen gegenüberstehen und ihnen erklären müssen, dass Sie tatsächlich darüber diskutieren, ob den Krankenhäusern 100 Millionen € – und das ist immer noch viel zu wenig – zugutekommen sollen? – Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke, Herr Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Laumann.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich als Gesundheitsminister sagen, dass ich mich darüber freue, dass hier im Landtag keine Fraktion Mehrinvestitionen für unsere Krankenhäuser für falsch hält und dass es einen großen Konsens dazu gibt, dass wir in den vor uns liegenden Jahren mehr für unsere Krankenhäuser tun müssen.

Ich bin den 360 Krankenhausträgern in Nordrhein-Westfalen dankbar, dass sie unter den Bedingungen, die in diesem Land seit mindestens zwei Jahrzehnten herrschen, ihre Krankenhäuser über diese lange Zeit hinweg überhaupt noch weitergeführt haben.

(Beifall)

Ganz besonders danken muss man denjenigen, die in den Krankenhäusern arbeiten.

Wozu hat das, was wir hier in der Politik gemacht haben, geführt? – Es hat dazu geführt, dass wir unserer gesetzlichen Verpflichtung gegenüber den Krankenhäusern seit Jahren nicht mehr nachkommen. Das Krankenhausgesetz in Deutschland sagt eindeutig aus: Die Länder sind dafür zuständig, die Krankenhäuser in ihrer Struktur – also Gebäude und Technik – zu unterhalten. Die gesetzlichen Krankenkassen haben die Aufgabe, in den Krankenhäusern all das zu bezahlen, was Personal und Medizin betrifft.

Jeder Geschäftsführer eines Krankenhauses in Nordrhein-Westfalen ist gezwungen, Geld beim Personal und vor allem bei der Pflege einzusparen, um

das Gebäude und die Technik in Schuss zu halten. Diese Politik ist auf dem Rücken der Krankenschwestern ausgetragen worden. Das ist die Wahrheit!

(Beifall)

Wir haben uns dazu entschieden, in dieser Wahlperiode Veränderungen zu bewirken. Wir müssen in Nordrhein-Westfalen zunächst einmal zu einer neuen Krankenhausplanung kommen. De facto ist sie „nicht auf dem neuesten Stand“; und das habe ich freundlich ausgedrückt. Vielmehr gibt es in diesem Land zurzeit keine staatliche Krankenhausplanung.

Wir dürfen dabei nicht nur über Betten verhandeln, wir müssen auch über Strukturqualität und über einzelne Fälle verhandeln. Dabei muss das gelten, was abgemacht ist. Mit der jetzigen gesetzlichen Grundlage des Krankenhausgesetzes NRW funktioniert das nicht. Ich verweise dazu auf eine Rede meiner Vorgängerin in der vorletzten Sitzung des Gesundheitsausschusses in der vergangenen Wahlperiode. Sie hat dort ganz klar gesagt: Wir sind mit der Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen gescheitert, und mit dem jetzigen Krankenhausgesetz geht es nicht. Deshalb nehmen wir durch die Entschlackungsgesetze Veränderungen vor.

Diese 250 Millionen € sind notwendig, um den Krankenhäusern einmal in diesem Jahr eine doch starke Finanzspritze zu geben. Im Koalitionsvertrag wurde diese Summe angekündigt, und sie war auch im Wahlprogramm angekündigt worden. Niemand soll sagen, man hätte nicht gewusst, dass diese Zahlungen notwendig werden.

Eine Bemerkung will ich noch zur Beteiligung der Kommunen loswerden. Im Krankenhausgesetz unseres Landes steht ganz klar: Wenn es in einem Kreis oder in einer kreisfreien Stadt keinen Krankenhausträger geben sollte, dann müssen die Kommunen die Krankenhäuser übernehmen. Das steht dort ganz eindeutig.

Die Kommunen haben sich in Nordrhein-Westfalen in den letzten 20 Jahren teilweise ihrer kommunalen Krankenhäuser entledigt, indem sie sie privatisiert haben. Soll ich Ihnen mal die Liste vorlegen? Die Kirchen, die der größte Krankenhausträger in Nordrhein-Westfalen sind, haben das nicht getan. Sie haben es ausgehalten.

Und wenn wir eine ausgeglichene Krankenhausstruktur haben wollen, müssen wir die Krankenhäuser vernünftig finanzieren. Und da die Kommunen am Ende die Krankenhäuser unterhalten müssen, wenn die Kirchen sie uns zum Beispiel vor die Tür stellen, ist auch eine kommunale Mitfinanzierung der Krankenhaushaushalts in Nordrhein-Westfalen selbstverständlich richtig und zu verantworten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen will ich hier klar sagen, dass ich dem Finanzminister, unserem Ministerpräsidenten und dem ganzen Kabinett dankbar bin, dass wir diese Spritze jetzt „setzen“ konnten. Ich sage Ihnen zu: Wir werden das nächste Jahr sehr stark nutzen, um in der Krankenhausplanung voranzukommen, um dann in den Jahren darauf sehr sinnvoll Geld einzusetzen, um auch Krankenhausstrukturen in Nordrhein-Westfalen zu verändern – mit der Richtung „Qualität und Versorgungssicherheit“.

Und das wird ein Prozess über viele Jahre werden. Aber es muss einfach damit angefangen werden, weil Krankenhäuser nach meiner festen Überzeugung neben unseren Schulen die wichtigsten öffentlichen Einrichtungen sind. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Der Minister hat die Redezeit um 3 Minuten 30 Sekunden überzogen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist nicht viel!)

– Das will ich gar nicht kommentieren. Ich will nur den Fraktionen mitteilen, dass ihnen dieselbe Redezeit natürlich auch noch einmal zur Verfügung steht, in die Runde blicken und fragen, ob es eine weitere Wortmeldung aus dem Kreis der Fraktionen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich mit Ihrem Einverständnis an dieser Stelle die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 1 schließen.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir haben mehrere Abstimmungen durchzuführen.

Die erste Abstimmung führen wir durch über die **Änderungsanträge** der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/871**. Diese behandeln alle den Einzelplan 01. Wer möchte diesen Änderungsanträgen zustimmen? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD-Fraktion und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist die erste Abstimmung einstimmig erfolgt; die Änderungsanträge sind **angenommen**.

Dann kommen wir zur zweiten Abstimmung über die **Änderungsanträge** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/872**. Wer stimmt diesen Anträgen zu? – Das sind die CDU-Fraktion, die Fraktion der FDP, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD-Fraktion und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Ebenfalls nicht. Dann sind auch diese Änderungsanträge einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zur dritten Abstimmung, und zwar über die **Änderungsanträge** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/873**. Wer stimmt hier zu? – Das sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das war es. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Bei der AfD und den drei fraktionslosen Abgeordneten. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis auch dieser Änderungsantrag **angenommen** worden.

Wir kommen viertens zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/538 in zweiter Lesung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/821, den Gesetzentwurf Drucksache 17/538 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wir kommen somit zur **Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 17/821 unter Berücksichtigung der soeben angenommenen Änderungsanträge** und nicht über den Gesetzentwurf selbst.

Wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Gibt es Enthaltungen im Haus? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der so **veränderte Gesetzentwurf Drucksache 17/538** zum Nachtragshaushaltsgesetz 2017 in zweiter Lesung **angenommen**. Der Gesamtplan und die Haushaltsübersicht sind damit entsprechend geändert.

Nach § 78 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung hat auch bei Haushaltsnachträgen eine dritte Lesung zu erfolgen. Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom heutigen Tage gemäß § 78 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Rücküberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragt. Hierüber haben wir abzustimmen. Nach der Geschäftsordnung kann der Landtag eine Rücküberweisung zur Vorbereitung der dritten Lesung beschließen.

Wer also dem Antrag der SPD-Fraktion auf Rücküberweisung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Gegenstimmen? – Die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Gibt es Enthaltungen zu diesem Antrag? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Rücküberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **nicht beschlossen** worden, und die dritte Lesung findet dann, wie bereits in den Tagesordnungen ausgedrückt, morgen statt.

Wir kommen fünftens zum **Gesetzentwurf Drucksache 17/539**. Da handelt es sich um das Haushalts-



begleitgesetz 2017. Wie mit den Fraktionen zwischenzeitlich vereinbart, wird hierüber erst **morgen nach der dritten Lesung des Nachtragshaushaltes abgestimmt**. Das gilt auch für den bereits heute eingereichten **Änderungsantrag Drucksache 17/874**.

Sechstens kommen wir zur **Überweisung** des **Antrags** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/811**. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, diesen Antrag an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** in der Federführung zu überweisen und an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss** und den **Innenausschuss** in der Mitberatung. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen diese Überweisung stimmen? – Das ist nicht der Fall. – Enthaltungen sehe ich auch keine. Dann haben wir so überwiesen, und wir sind am Ende der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 1.

Ich kann den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen:

## 2 Die Stahlsparte von Thyssenkrupp muss in Nordrhein-Westfalen bleiben!

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/809

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/878

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Römer das Wort.

**Norbert Römer** (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf der Pressekonferenz zur Bilanz seiner ersten 100 Tage im Amt zitierte der Ministerpräsident den verstorbenen Heiner Geißler: Wenn du etwas bewegen willst, musst du Krach anfangen.

Dann fügte Herr Laschet hinzu: Es könne sein – man beachte den Konjunktiv –, es könne sein, dass das mal erforderlich werde, denn andere Länder und andere bei CDU, FDP und Grünen hätten – Zitat – die besondere Industriekultur Nordrhein-Westfalens nicht so im Blick.

Was für ein Satz: tragisch und komisch zugleich! Denn während die Stahlsparte von thyssenkrupp mit dem indischen Konzern Tata fusioniert werden soll, wendet Armin Laschet seinen Blick nach Berlin. Dem eigenen Land wendet er den Rücken zu. Er belehrt

andere mit erhobenem Zeigefinger über Industriepolitik und ist in diesem Augenblick doch der einzige Ministerpräsident, der den eigenen Industriestandort nicht im Blick hat.

(Beifall von der SPD)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Herr Laschet, 20.000 Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeiter in NRW kämpfen gerade verzweifelt um ihre Jobs. Ja, es ist Zeit, einen Krach anzufangen. Es ist Zeit, einen Krach anzufangen, nicht irgendwann in Jamaika, sondern jetzt und hier in Nordrhein-Westfalen – für die Stahlstandorte,

(Beifall von der SPD)

für die Stahlstandorte, meine Damen und Herren, in Duisburg und Bochum, in Dortmund, Hagen und Gelsenkirchen, in Finnentrop, Siegen und Kreuztal, für die Industriekultur Nordrhein-Westfalens, für die Mitbestimmung, für sichere Arbeitsplätze. Ja, es ist Krach anzufangen mit der Kapitalseite von thyssenkrupp, mit Tata, auch mit der Bundesregierung, mit der Europäischen Union und, wenn es sein muss, Herr Kollege Laschet, wenn es sein muss, Herr Ministerpräsident, auch mit dem Steuerdumpingland Niederlande – auch mit dem Steuerdumpingland Niederlande.

Im Land demonstrieren Tausende Beschäftigte für ihre Zukunft, und es ist Zeit, ihnen zuzuhören, sich für das Handeln zu entscheiden.

Doch das tun Sie nicht, Herr Laschet. Sie stecken ja die Hände in die Hosentaschen und zucken mit den Schultern. Die Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen wäre schön. Der Erhalt der Montanmitbestimmung wäre erfreulich. Aber die Landesregierung könne nichts dafür tun. Das Unternehmen entscheide. Punkt. Ende der Geschichte.

Meine Damen und Herren, es ist nicht zu fassen. In Berlin wäre der Ministerpräsident gerne ein Riese – das „Handelsblatt“ hat ihn schon zum König der Talkshows gekürt –, aber hier in Nordrhein-Westfalen gibt er den politischen Knirps – gibt er den politischen Knirps, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wie oft hat der heutige Ministerpräsident und frühere Oppositionsführer versprochen, um jeden Arbeitsplatz, um jeden Arbeitsplatz in Nordrhein-Westfalen kämpfen zu wollen? – Und jetzt, wenn es darauf ankommt? – Diese Gleichgültigkeit, diese Gleichgültigkeit, Herr Ministerpräsident, das ist der Skandal. Das ist der eigentliche Skandal.

Denn es ist offensichtlich: Diese Mitte-rechts-Regierung kennt die Industriekultur unseres Landes nur vom Hörensagen und die Zukunftsfängste der Beschäftigten aus dem Pressespiegel.